



»Alleine Denken ist kriminell«¹

Die Arbeit des Denketztes für die demokratische Expertise

Seit 15 Jahren treffen sich rund 40 Personen aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und NGO jährlich zu einer Retraite, an der sie in einem freien Austausch Kernfragen eines fortschrittlichen Gesellschaftsverständnisses diskutieren. An diesen Treffen entstand der Anfangsimpuls zur Bildung des Denketztes. Auslöser war das Bedürfnis, über die Retraiten hinaus die aufgeworfenen Fragen in einem kontinuierlichen Diskursrahmen vertieft anzugehen. Im Herbst 2003 bildete sich eine entsprechende Initiativgruppe, um ein solches Unterfangen zu konkretisieren. Im darauffolgenden Frühling wurde das Denketzetz offiziell aus der Taufe gehoben. Zwölf Personen riefen zur Gründung auf, unter anderem Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, die Professoren René Levy und Ueli Mäder sowie SGB-Präsident Paul Rechsteiner. Das Denketzetz startete mit einer Tagung im Juni 2004, die den Titel ›Der neue Glanz der Gleichheit‹ trug und an der rund 100 Personen aus der ganzen Schweiz teilnahmen. Wenige Monate später zählte das Denketzetz bereits 300 Mitglieder. Der Tagungstitel wirkte damals übrigens als Provokation, hatte doch der neoliberale Diskurs der 1990er-Jahre Gleichheit erfolgreich als Gleichmacherei diskreditiert.

Bei der Denketzetz-Gründung wurde ein richtungsweisender Entscheid gefällt: Die neue Organisation sollte zwar gut vernetzt sein, jedoch in ihren Entscheiden unabhängig bleiben. Entsprechend wurde das Denketzetz als eigener unabhängiger Verein konstituiert, der sich im Wesentlichen auf die Einzelmitgliedschaft von Individuen abstützt. Das Denketzetz lässt sich demnach als ein ›Thinktank von unten‹ charakterisieren, der von keinen Auftrags- oder Geldgebern abhängig ist und aus eigenem Antrieb arbeitet. Dieses Konzept hat sich bewährt. Gegenwärtig sind rund 80 Personen in den verschiedenen Gremien – in Arbeits-, Fach- und Redaktionsgruppen – aktiv. Die meisten tun dies in einem unbezahlten, freiwilligen Engagement, einige auch im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit, zum Beispiel als GewerkschaftssekretärIn. Doch allen geht es darum, gemeinsam das fortschrittliche gesellschaftliche Denken

zu stärken und gesellschaftliche Definitionsmacht zurückzugewinnen. Dabei haben wir ein gemeinsames Denken und Arbeiten ent-

Beat Ringger

ist Zentralsekretär des vpod und geschäftsleitender Sekretär des Denketztes.



wickelt, die wir als demokratische Expertise bezeichnen. Um diese Denk- und Arbeitsweise geht es in diesem Artikel.

Das Wesen der demokratischen Expertise

ExpertInnen sind ein wichtiger Teil eines Diskursgeflechts aus Medien, Verbänden, Parteien, Instituten etc., in dem gesellschaftliche Meinungsführerschaft und Definitionsmacht etabliert werden. Ihnen werden Sachkenntnisse und Kompetenzen zugeschrieben, die ihren Aussagen entsprechendes Gewicht verleihen. Wer jedoch nicht über einen entsprechenden beruflichen Auftrag verfügt, ist von den Prozessen der Meinungsführerschaft in aller Regel ausgeschlossen. Sie oder er kann in Verbänden, Parteien und am Stammtisch ›mitreden‹, meist jedoch ohne wirklich »etwas zu sagen zu haben«. Damit wird eine weit verbreitete Trennung reproduziert zwischen denjenigen, die denken (und lenken), und denjenigen, für die gedacht wird (und die gelenkt werden) – ein Machtgefälle, das sich in praktisch jedem Unternehmen und in jeder Institution wiederfindet. Das ist a priori problematisch. Denn das tragende Konzept unserer Zeit ist die Selbstbestimmung der Menschen über ihre Lebensverhältnisse. Die demokratische Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ist hier eine unverzichtbare Bedingung. Demokratische Staaten müssen gewährleisten, dass in den öffentlichen Angelegenheiten möglichst gute Entscheide getroffen werden (können) und dass die Durchführung dieser Entscheide unter öffentlicher Aufsicht erfolgt. Die BürgerInnen müssen sich die dafür nötigen Kompetenzen aneignen (können). Sie müssen zumindest potenziell an meinungsbildenden Prozessen, also auch an den Prozessen der Bildung von Expertise, teilhaben können. Dies ist nur schon deshalb erforderlich, damit sie die Mechanismen solcher Prozesse kennenlernen und kritisch hinterfragen können. Es ist aber auch erforderlich, weil eine tragfähige, auf den Anliegen der breiten Bevölkerungsteilen basierende Expertise nicht ohne das Mitdenken dieser Bevölkerung zustande kommen kann.

Damit ist natürlich nicht gemeint, dass alle zu allen Fragen ExpertInnen werden könnten oder müssten. Hingegen soll der Zugang zu den Denk- und Diskursprozessen, in denen Expertise entsteht, weitaus offener werden, als er es heute ist. Am Rande sei vermerkt, dass der im Internet verfügbare Informationspool dafür von beträchtlichem Wert ist. Demokratische Expertise zeichnet sich folglich dadurch aus, dass an ihrer Erarbeitung Personen beteiligt sind, die nicht über den üblichen Status der berufsorientierten ExpertIn verfügen, und dass in einer Sprache gedacht und geschrieben wird, die für weitere (scheinbare) ›NichtexpertInnen‹ verständlich ist.



Das Postulat der demokratischen Expertise

Der wichtigste Einwand, der gegen ein solches *Postulat der demokratischen Expertise* vorgetragen wird, lautet, die reale Welt sei viel zu komplex (geworden), als dass sie für Normalbürgerinnen und -bürger zu durchschauen wäre. Das Argument ist nicht neu und wurde auch schon in Zeiten des klassischen Altertums vorgetragen, beispielsweise vom griechischen Philosophen Plato, der für eine Diktatur der Weisen plädierte. Das Argument trägt einen starken antidemokratischen Kern. Denn wie sollen die BürgerInnen sachgerechte Entscheide fällen, wenn sie ohnehin keine Chance haben, die Sachlage zu durchschauen? Das Argument widerspricht der Grundannahme der Demokratie, wonach die Menschen nicht nur befugt, sondern auch befähigt sind, ihre gesellschaftlichen Lebensumstände selbst zu gestalten. Zulässig wäre demnach bestenfalls eine plebiszitäre Demokratie, in der das Volk den Eliten von Zeit zu Zeit einen Denkkzettel verpassen kann, in dem es die eine oder andere Partei wählt respektive abwählt.

Ein kurzer Blick auf die angebliche Expertise der *Mainstream-Ökonomie* macht deutlich, wie brüchig ein solches Konzept einer *Expertokratie* ist. In der neoliberalen Ära wurde die (*Mainstream-Ökonomie*) zur Leitwissenschaft erhoben. Märkte wurden zu unbestechlichen und objektiven Verfahren der Selektion und Ressourcenallokation verklärt. Wer diese Märkte »verstand«, konnte eine Art ultimativer *Expertise* für ökonomische und gesellschaftspolitische Fragen für sich beanspruchen. Genau das taten denn die VertreterInnen der *Ökonomenzunft* auch gern und ausgiebig. *Ökonomen* bedienten sich überdies zunehmend mathematischer Methoden und produzierten damit scheinbar exakte Aussagen. Bis im Oktober 2008 mit dem Beinahe-Kollaps der Finanzmärkte auch das ganze Kartenhaus der »*Marktversteher*« in sich zusammenfiel: Unter den renommierten *Mainstream-ExpertInnen* hatte sich weltweit gerade mal eine Handvoll Leute befunden, die vor einem möglichen Zusammenbruch der Finanzmärkte gewarnt hatten.

Womit hat dies zu tun? Zum einen ganz einfach damit, dass wir in einer interessengetriebenen Gesellschaft leben. Herrschaft muss und will immer wieder legitimiert werden, benötigt dafür gesellschaftliche Leitideologien und bekämpft, was Herrschaft in Frage stellt. Das färbt auf all jene ab, die im aktuellen Herrschaftsgefüge Karriere machen wollen. Bei Jobs in der Privatwirtschaft wird als Frage der Loyalität angesehen, dass »*ExpertInnen*« sich ausschliesslich im Interesse ihres Unternehmens äussern. Doch Ähnliches gilt auch für den akademischen Betrieb: Wer nach oben kommen will, tut gut daran, mit kritischen Fragen zurückhaltend zu sein. Damit wird die herrschende *Expertise* zur Ex-



vertisement der Herrschenden. Und da in den letzten 30 Jahren eine markante Machtverschiebung zugunsten des Finanzkapitals stattgefunden hat, ist die langjährige Kritiklosigkeit gegenüber den Finanzmarktakteuren wenig überraschend.

Kommt dazu, dass sich ExpertInnen sehr gerne auf andere ExpertInnen stützen – gerade dann, wenn die Komplexität eines Systems beträchtlich ist. A zitiert B, B wiederum zitiert C, der sich seinerseits auf A abstützt. Auf diese Weise entstehen starke selbstreferenzielle Effekte. In den Jahren vor der Finanzmarktkrise 2007/2008 war selbst in den Massenmedien die grosse Mehrheit der Artikel zu Finanzmarktthemen derart gespickt mit immer neuen Begriffen und immer kühneren Argumentationen, dass am Ende kaum mehr jemand verstand, was er selbst denn eben gerade geschrieben hatte. Doch schliesslich hatte er ja auch nur gesagt, was schon viele andere hatten verlauten lassen – und was so viele sagen, kann ja nicht falsch sein.

Der Anschaulichkeit halber nennen wir solche Wirkungen Spinat-Effekt. Spinat sei ein überaus gesundes Gemüse, weil es einen hohen Anteil an Eisen enthält: Dieser Irrglaube konnte sich in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften während Jahrzehnten behaupten und diente auch als Grundlage für eine Comic-Figur: Popeye, der kraftstrotzende Seemann und Spinat-Liebhaber. Dumm nur, dass der ganze Spinat-Hype auf einem Darstellungsfehler in einem Expertengutachten beruhte: Das Komma war eine Stelle nach rechts gerutscht, wodurch der Eisengehalt auf das Zehnfache des gemessenen Wertes anwuchs. Doch durch die ständige Wiederholung wurde die Fehlinformation glaubwürdig und gewann schliesslich den Rang einer Volksweisheit. Ganze Generationen von Eltern haben auf dieses Argument zurückgegriffen, um ihren Kindern den (meist ungeliebten) Spinat schmackhaft zu machen.





In gesellschaftlichen und politischen Fragen finden sich solche Spinat-Effekte andauernd. Ein Beispiel dafür ist die Gewissheit, mit der verkündet wird, Markt und Wettbewerb fördere eine effiziente Gesundheitsversorgung und mache Einsparungen möglich, ohne die Versorgungsqualität zu beeinträchtigen. Dabei würde ein flüchtiger Blick auf die USA, deren Gesundheitswesen den Marktkräften in weiten Teilen ausgeliefert ist, genügen, um erhebliche Zweifel aufkommen zu lassen. In den USA verschlingt die Gesundheitsversorgung 18 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) gegenüber 12 Prozent in den Niederlanden, die von allen OECD-Ländern am zweitmeisten für die Gesundheitsversorgung aufwenden. Das müsste doch zu denken geben.

Das Konzept einer Expertokratie entpuppt sich also als ein Trugbild, hinter dem sich Macht und Interessen verbergen und das in erster Linie dem Ausschluss der vielen dient. Doch mit dieser Feststellung ist das Argument noch nicht entkräftet, wonach die Welt so komplex geworden ist, dass sie für die NormalbürgerInnen nicht mehr durchschaubar sei. Denn damit Demokratie funktioniert, müssen Entscheide mit vernünftigem Aufwand getroffen werden können. Das ist nur möglich, wenn die Komplexität für die Entscheidenden überschaubar bleibt.

Nun ist allerdings die Vorstellung einer Welt, die per se immer komplexer wird, deutlich zu einfach. Denn Systeme können ihre Komplexität nicht beliebig steigern, ohne dass dabei ihre Lebenskraft beeinträchtigt oder gar zerstört wird. Zu grosse Komplexität führt zu Instabilität, zu Bürokratie, zu Ressourcenverschwendung. Komplexität muss in einem optimalen Rahmen gehalten werden. Das gelingt zum Beispiel dadurch, dass öffentliche Angelegenheiten durchschaubar und transparent gestaltet werden. Dies ist beispielsweise bei der AHV gewährleistet, während die zweite Säule zu einem wuchernden Monstrum verkommen ist, zu einer schon beinahe exklusiven Domäne von ExpertInnen. Oft sind es gerade die sogenannten Marktmechanismen, die jede Transparenz und Steuerbarkeit zerstören. Das US-amerikanische Gesundheitssystem ist dafür ein beredtes Beispiel.

Das Postulat der demokratischen Expertise kann als eigentliche Antithese zur Expertokratie verstanden werden, als Bestandteil eines Demokratieverständnisses, dass die Vorstellung einer Herrschaft des Staatsvolkes (wörtliche Übersetzung von Demokratie) ernst nimmt. Demnach sind die Menschen nicht nur befugt, sondern auch befähigt, ihre gesellschaftlichen Lebensumstände selbst zu gestalten. Entsprechend müssen die öffentlichen Angelegenheiten demokratiefähig konzipiert werden. Zwischen Expertokratie und Populismus befindet sich damit das weite

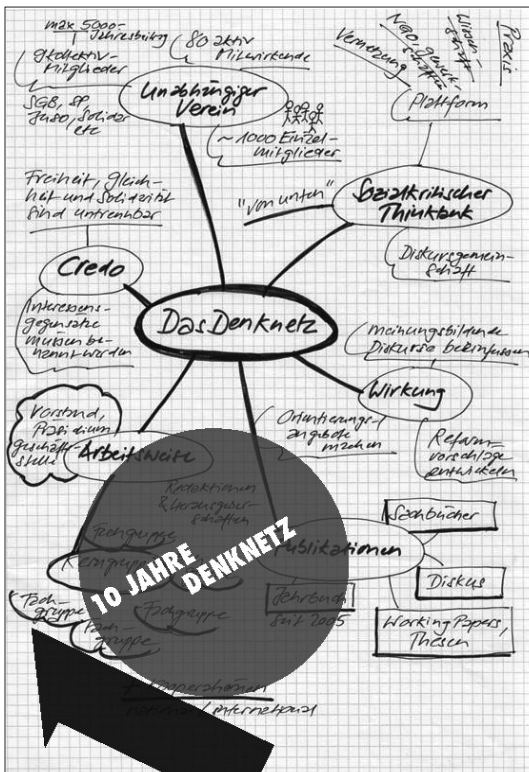


Feld einer partizipativen Demokratie, deren Komplexität nicht einfach gegeben ist, sondern begrenzt und optimiert werden muss.

Demokratische Expertise im Denknetz

Wenn wir im Folgenden beanspruchen, dass das Denknetz eine demokratische Form der Expertise praktiziert, dann tun wir das nicht im Glauben, wir seien dabei die Einzigsten oder die Besten. Demokratische Formen der Expertise werden vielfach praktiziert, ohne dass sie so benannt würden. Einige Methoden sind implizit darauf angelegt, »Nicht-ExpertInnen« in Forschungs- und Meinungsbildungsprozesse einzubeziehen. Als Beispiel sei das sogenannte World Cafe genannt, eine Form von strukturierten Diskussionen an Tagungen und Konferenzen, die darauf zielt, Wissen, Erfahrungen und Anliegen von grösseren Gruppen in einen fruchtbaren Austausch zu bringen.

Ein anderes Beispiel, das zumindest in Richtung einer Demokratisierung von Expertise geht, sind die Vernehmlassungsverfahren. Die Schweiz kennt eine ausgeprägte Kultur des frühzeitigen Einbezugs der massgebenden Stakeholder in politische Entscheidungsprozesse. Die Regierung unterbreitet den Parteien, Verbänden und weiteren Stake-





holdern im Rahmen der Vernehmlassung ihre Vorschläge (meist Gesetzesrevisionen) zur Stellungnahme, noch bevor der eigentliche Gesetzgebungsprozess eröffnet wird. Letzteres geschieht im Anschluss an die Auswertung der Vernehmlassung in Form einer Botschaft an die Parlamente. Die Möglichkeiten der direkten Demokratie (Referendum, Volksinitiative) sind ein wesentlicher Grund dafür, dass sich dieses partizipative Muster in der Schweizer Politik durchgängig etabliert hat. Denn für die (nationale und die kantonalen) Regierungen ist es bedeutsam, frühzeitig in Erfahrung zu bringen, ob einer Gesetzesvorlage Widerstand erwächst und ein allfälliges Referendum droht, und mit welchen Anpassungen und Kompromissen sich die Vorlage allenfalls mehrheitsfähig machen lässt. Zwar handelt es sich bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen in einer von Kapital und Hierarchien dominierten Gesellschaft um einen asymmetrischen Prozess: Die Organisationen der Machteliten verfügen über deutlich mehr Ressourcen zur Einflussnahme als die Opposition. Diese Asymmetrie kann aber nicht dem Vernehmlassungsverfahren selbst angelastet werden; eher ist das Gegenteil der Fall. Vernehmlassungen sind ein durchaus wirksames Instrument einer partizipativen Meinungsbildung, oftmals begleitet von intensiven Diskussionen, in denen die verschiedenen Stakeholder ihre Expertise stärken können.

Kommen wir nun aber zu den Prozessen, mit denen im Denknetz demokratische Expertise erarbeitet wird. An einem Beispiel lässt sich dies exemplarisch erläutern. In den Jahren 2007 bis 2009 entwickelten wir das Modell der Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV. Die AEV ist als umfassendes, einheitliches Sozialwerk konzipiert, das sämtliche Risiken in der Phase der Erwerbstätigkeit abdeckt: Arbeitslosigkeit, Erwerbsausfall bei Krankheit oder Unfall, Mutterschaft, Invalidität, Militärdienst.² Ausgenommen wären lediglich die Heilungskosten bei Unfällen und Krankheiten, weil hier die Steuerung der gesamten Gesundheitsversorgung hineinspielt. Die groben Züge des Modells wurden zunächst in der Denknetz-Kerngruppe erarbeitet, wobei wir uns auf eine Kernidee abstützten, die Carlo Knöpfel schon einige Jahre zuvor in einem Widerspruch-Artikel artikuliert hatte. Anschliessend wurde das Modell von einer fünfköpfigen Kerngruppe im Detail ausgearbeitet. Zu dieser Kerngruppe gehörten eine Armutsbetroffene, eine Sozialarbeiterin, ein Gewerkschaftssekretär, ein ehemaliger Gemeindepräsident und eine Professorin für Soziologie. Die Zusammensetzung ermöglichte es, die unterschiedlichsten Perspektiven zusammenzuführen. Wichtig war der Anspruch, sich auf einen gemeinsamen Reformvorschlag zu einigen, sich durch Schwierigkeiten und Kontroversen durchzuarbeiten und sich



dafür die nötige Zeit zu nehmen. Schliesslich resultierte ein Modell, das in breiten (Fach)-Kreisen Interesse ausgelöst hat und auf das – fünf Jahre nach seiner Publikation – auch heute noch immer wieder Bezug genommen wird.

Diese Arbeitsweise ist für das Denknetz typisch. Ein Gruppe interessierter Personen – in der Regel fünf bis zwölf Leute – widmet sich über längere Zeiträume (mehrere Monate bis mehrere Jahre) einem Fragekomplex, in dem in aller Regel sowohl Analysen durchgeführt als auch gesellschaftspolitische Lösungsansätze entwickelt werden. Die entsprechenden Treffen finden in der Regel alle sechs bis zehn Wochen statt und dauern drei bis vier Stunden. Gesellschaftliche Bereiche werden analytisch und empirisch erkundet, Orientierungsfragen erörtert, Reformvorschläge entwickelt und auf ihre Tauglichkeit geprüft. Dabei werden natürlich auch externe WissensträgerInnen und ExpertInnen beigezogen. Allerdings sind wir dabei insofern zurückhaltend, als wir darauf achten, die zentralen Aussagen aus eigenen Erkenntnisprozessen herauszuarbeiten und nicht von externer Seite zu übernehmen. Das Ziel ist jeweils, ein gemeinsames schriftliches Resultat zu erarbeiten und sich dabei auch mit den Differenzen und Unsicherheiten zu befassen. Das Ergebnis ist eine Fülle von anregenden Debatten und gemeinsamen Erkenntnissen schon während des Erarbeitungsprozesses. In der Regel konvergieren dabei die Meinungen, und es wird möglich, sich auf gemeinsame Aussagen zu einigen. In manchen Fällen bleiben Differenzen bestehen, die wir auch zum Ausdruck bringen. Nachstehend sind einige der Ergebnisse solcher Prozesse aufgelistet (Thesen, Arbeitspapiere und Reformkonzepte):

- Thesen für eine europäische Mindestlohnpolitik (2005)
- Reformagenda für eine soziale Gesundheitspolitik (2005)
- Gute Arbeit für alle: Ein realistisches und notwendiges Ziel (2006)
- Die Allgemeine Erwerbsversicherung AEV (Mai 2009)
- Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion (März 2010)
- Bildung – zum Glück! (Mai 2010)
- Die 25-Mia-Denknetz-Steueragenda (Juni 2010)
- Finanzdienste als Service public (Oktober 2011)
- Die Vision eines bedingungslosen Grundeinkommens, das die Freiheiten aller stärkt (August 2011)
- 12 Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Wohlstand (Mai 2013)
- Vorschlag einer Hochbetagtenrente (in Vorbereitung)
- Denknetz-Pflegemodell (in Vorbereitung)



Diese Ergebnisse verstehen wir als Commons, als Gemeingut, das allen Interessierten zur freien Verwendung steht (wobei wir uns wünschen, dass korrekt wiedergegeben wird, von wem die Texte und Konzepte stammen). Dabei würden wir den Akzent auch nicht darauf legen, dass wir nun zu ExpertInnen geworden wären, sondern darauf, dass wir gemeinsam Expertise entwickelt haben. An dieser Expertise können alle teilhaben, die dies wünschen.

Diese Arbeitsweise ergab sich aus unserer Praxis »von selbst«, das heißt ohne dass wir uns allzu viele demokratietheoretische Überlegungen gemacht hätten. Menschen wurden gesucht und fanden zusammen, die Lust und Zeit hatten, sich zu einem Thema auszutauschen und gemeinsam klüger zu werden. Der Wunsch, jeweils eine günstige Vielfalt und Breite an Erfahrungen und Vernetzungen zusammenzuführen, ergab sich aus der Sache selbst und aus unserer Ausrichtung, die Anliegen und Interessen von Beteiligten und Betroffenen dabei direkt einzubeziehen.

Paradoxaerweise entstand die besondere Wertschätzung dafür, was wir hier taten und was wir hier demokratische Expertise nennen, aus der latenten Gefährdung, der diese Arbeitsweise unterliegt. Denn längst nicht alle Interessierten können die nötige Zeit aufbringen, um einen intensiven Denkprozess mitzumachen und mit zu gestalten. Am schwierigsten ist dies für Erwerbstätige, die gleichzeitig auch Verantwortung für Kinder tragen. Diese Schwierigkeit lässt sich in einer internen Arbeitsteilung ein Stück weit auffangen: Der Grossteil der Recherchier- und der Schreibearbeit wird von jenen geleistet, die ausreichend Zeit zur Verfügung haben (zum Beispiel in ihrer Arbeitszeit oder weil sie bereits pensioniert sind). Wer weniger Zeit aufbringen kann, muss sich oft auf die Teilnahme an den Diskussionen in den jeweiligen Gruppen beschränken.

Damit entsteht aber gleich eine zweite Schwierigkeit. Jene, die viel Zeit aufwenden können, sind auch jene, die sich am intensivsten mit der Materie befassen und deshalb stärkeren Einfluss auf das entstehende Gedankengefüge nehmen. Bei den übrigen Beteiligten erzeugt dies oft das Gefühl, nichts Wesentliches beitragen zu können respektive mit ihren Anliegen nicht genügend gehört zu werden. Deshalb ist es so bedeutsam, im Denknetz die erforderliche Wertschätzung gerade für jene Personen aufzubringen, die im Alltag stark eingespannt sind und sich für ihre Beteiligung oft mühsam freischaufeln müssen.

Jene, die den Grossteil an Recherchier- und Textarbeit übernehmen, können aus dieser Konstellation ebenfalls erheblichen Gewinn ziehen. Für sie sind die Denknetz-Fachgruppen und -Gremien eine reiche Quelle der Inspiration und Ermutigung, sich in einem Themenfeld weitaus



rascher voranzutasten, als es im stillen Kämmerlein möglich wäre. Voraussetzung dafür ist, dass in den Gruppen ein erkundender Diskussionsstil gepflegt wird. Die von den Einzelnen gemachten Äußerungen sind das Denkmaterial der ganzen Gruppe. Dieses Material wird von allen gemeinsam erforscht und ›mental geknetet‹, bis sich vertiefte und verbesserte Erkenntnisse ergeben. Diese Ergebnisse ›gehören‹ folglich auch allen Beteiligten – unabhängig davon, wer den ›entscheidenden‹ Satz formuliert oder den ›entscheidenden‹ neuen Begriff in die Runde geworfen hat. Die Ergebnisse sind ein Gemeingut der ganzen Gruppe.

Differenz, Bewegung, Konvergenz

Eine solche Arbeitsweise bedingt, dass alle Mitglieder der Gruppe an Erkenntnisgewinnen interessiert sind und sich nicht mit ihrer bereits fixierten Ansicht durchsetzen wollen. In der Regel ergibt sich dabei ein Wechselspiel von Differenz, Bewegung und neuer Konvergenz. Differenzen bleiben nur dann unfruchtbar, wenn sie Ausdruck eines verfestigten, sich immer wiederholenden Machtgerangels sind. Ein untrügliches Anzeichen dafür wäre, dass ein Abrücken von einer früheren Äußerung als Gesichtsverlust taxiert wird. Im guten Fall aber sind Differenzen eine Art gemeinsames Material der Gruppe, und entsprechend werden sie gemeinsam erkundet. Was drückt sich darin aus? Was geschieht, wenn wir nach neuen Standpunkten suchen? Brauchen wir eine Denkpause? Oder zeigen Differenzen an, dass ein Diskussionsprozess an sein Ende gekommen ist und sie ›stehen gelassen‹ werden müssen?

Das gemeinsame Denken in einer Gruppe ist weitaus fruchtbarer als das Denken im stillen Kämmerlein, im stummen Dialog mit Fakten, Büchern und Artikeln. Wer sich auf Gruppen-Denkprozesse einlässt, wird feststellen, dass er immer wieder eingeladen ist, seine bisherigen Denkinhalte in Bewegung bringen zu lassen. Dann wird es ihm geschehen, dass er die Äußerungen der anderen mit Interesse mitdenkt oder dass er selbst ohne Anstrengung zu neuen Gedanken, Begriffen, Formulierungen findet. Um es in den Worten der Frauenband ›Les Reines Prochaines‹ zu sagen: »Alleine denken ist kriminell.«

Selbstverständlich ereignen sich auch im Denknetz immer wieder Blockaden, bleiben Diskussionsgruppen in Differenzen stecken, werden die Nerven derjenigen strapaziert, die einen gemeinsamen Arbeitstext zum x-ten Mal überarbeiten. Doch in der Regel werden solche Blockaden überwunden, und nicht selten zugunsten einer neuen, besseren Denkspur. Dies erlaubt uns auch, immer wieder in Denkräume vorzustoßen, die einem isolierten Denken nicht zugänglich sind. Allerdings nicht voraussetzungslos: Die wichtigsten Bedingungen für den Erfolg



solcher Prozesse sind eine gemeinsame inhaltliche Basis, eine gemeinsame Kultur und klare Begrenzungen.

Die *gemeinsame Basis des Denknetzes* umfasst die Grundhaltung, wonach Freiheit und Gleichheit zwei Seiten derselben Medaille sind. Nur in der Gleichwertigkeit aller Mitglieder einer Gesellschaft, also nur im Vermeiden von Armut und Exklusion, kann sich eine Freiheit entfalten, die allen zuteil wird und die ohne Gewalt der Privilegierten gegen die Nichtprivilegierten auskommt. Der Kit zwischen Freiheit und Gleichheit ist die Solidarität auf der Basis universeller Menschenrechte, was eine Ausweitung der Demokratie auf alle relevanten gesellschaftlichen Prozesse impliziert, auch auf die zentralen Entscheide über die Verwendung und die nachhaltige Bewirtschaftung der ökonomischen Ressourcen. Dabei geht es nicht um eine konfliktfreie Harmonie, sondern um Konfliktfähigkeit und Verhandlungsbereitschaft im Rahmen demokratischer Suchprozesse. Die wesentlichen Schwierigkeiten, die den Weg zu einer freiheitlich-solidarischen Gesellschaft verbauen, sind die Herrschaft einer Klasse, die ihre Macht aus dem Kapitalverhältnis schöpft, die zentralen ökonomischen Entscheide für sich beansprucht und entscheidenden Einfluss auf (staatliche, gesellschaftliche) Institutionen und Politiken nimmt; die konkurrenzuelle Logik, die mit der Herrschaft des Kapitals verbunden ist und die das Zustandekommen von zwingend erforderlichen Kooperationen (z.B. zum Schutz der Umwelt) verhindert; die Jahrtausende alte Unterdrückung der Frauen durch die Männer, die sich unter anderem in einer unglaublichen Geringschätzung der gesellschaftlichen Care-Bereiche und -dimensionen spiegelt; die monströse Ungleichverteilung des Reichtums innerhalb und zwischen den Nationen und Weltregionen. Diese Antagonismen sind beileibe nicht die einzigen Probleme, mit denen wir konfrontiert sind; aber ohne ihren Einbezug in eine Analyse, einen politischen Orientierungsdiskurs oder in ein Reformkonzept kann der Anspruch nicht eingelöst werden, auf eine fortschrittliche, emanzipatorische Entwicklung hinzuwirken. Schliesslich gehört zu dieser gemeinsamen Basis die Überzeugung, dass gesellschaftliches Denken nur wirksam wird, wenn es von Bewegungen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgegriffen wird und in den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Eingang findet. Deshalb braucht es immer auch an Grundfragen orientierte, kreative Reformvorschläge, die aktuelle gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen aufgreifen und dabei emanzipatorische Potenziale freilegen.

Mit der *gemeinsamen Kultur* ist das Interesse und die Neugierde an dem gemeint, was andere in die Diskurse einbringen. Dies gelingt dann, wenn wir die anderen als Menschen »lesen«, die ihre Erfahrungen, An-



liegen und Ambitionen zum Ausdruck bringen, die für die Entwicklung des gemeinsamen Denkens von Belang sind. Mit diesem Interesse einher geht die Lust an der gemeinsamen Entwicklung und das Wissen, dass das Denken nur dann wirksam wird, wenn es von vielen aufgenommen werden kann. Reformkonzepte etwa müssen solange »geknetet« werden, bis sie ein Optimum an emanzipatorischem Potenzial freizulegen versprechen. Oftmals braucht es dafür kreative Prozesse und neue Lösungsideen. In der analytischen Arbeit wiederum ist es manchmal von entscheidender Bedeutung, gängige Begriffe zu hinterfragen und mit alternativen Begriffen dem analytischen Denken eine neue Richtung zu ermöglichen. Ein Beispiel dafür ist das Begriffspaar Umverteilen und Rückverteilen: Während der Begriff Umverteilen impliziert, es werde einem Bevölkerungsteil etwas weggenommen, was ihm eigentlich zustehe, lenkt der Begriff Rückverteilen die Aufmerksamkeit auf die Frage, ob denn die primäre Verteilung nicht eben diese Umverteilung (von unten nach oben) gewesen sei und es nun um eine Korrektur dieser Umverteilung gehe.

Zur Kultur gehört auch das sich Einlassen auf längere Diskussionsprozesse, ein Vertrauen darauf, dass Blockaden sich meist wieder lösen lassen, und die Erfahrung, dass manchmal erst nach der Auflösung einer Blockade wieder gemeinsame, kreative Schritte möglich werden. Dabei hilft natürlich die Bereitschaft, selber beweglich zu bleiben und Abschied nehmen zu können vom bisher Gedachten.

Schliesslich *die Begrenzung*: Das Denknetz macht selbst keine Tagespolitik, führt keine Kampagnen, lanciert keine Volksinitiativen. So schaffen wir einen Ort, der von der politischen Taktik und von den Machtkämpfen innerhalb und zwischen Parteien, Gewerkschaften und NGO genügend Abstand nimmt, keine Energien dafür aufwenden muss und in keine Denkblockaden gerät, die auf diesen Ebenen der Auseinandersetzungen entstehen. Das Denknetz muss ein Ort sein, in dem Menschen fruchtbare Diskurse führen, obwohl sie in allenfalls konkurrierenden Parteien, Gewerkschaften und NGO aktiv sind. Das bedeutet auch, dass sich unsere Arbeitsergebnisse an diejenigen richten, die gesellschaftlich und politisch handeln wollen. Das Denknetz schlägt Rohlinge aus den Steinbrüchen, und diese Rohlinge müssen anschliessend weiter bearbeitet werden. Punktuell begleiten wir diese Weiterverarbeitung, schaffen dafür aber gemeinsam mit anderen Gruppierungen den geeigneten, eigenständigen organisatorischen Rahmen. Beispiele dafür sind das Manifest Steuerwende (2009) oder die Arbeitsgemeinschaft für faire Unternehmensbesteuerung AGFU (2013).

In all dem ist auch eine gewisse Unschärfe erforderlich und eine



Bereitschaft, situativ angepasst vorzugehen, zum Beispiel dann, wenn wichtige Ereignisse zu einer grundlegenden Verschiebung der gesellschaftlichen Diskurse führen. Dies bedeutet unter anderem auch, dass es im Denknetz keine Mehrheitspositionen und schon gar keine Einheitspositionen gibt. Zwar haben wir in Form der Kerngruppe ein Gremium, mit dem wir eine inhaltliche Gesamtansicht auf die Arbeiten des Denknetzes pflegen. Doch die Fachgruppen arbeiten im Wesentlichen selbstbestimmt. Und in zeitlich kritischen Fällen äussern sich auch einzelne Denknetz-Mitglieder in Form von Diskussionspapieren oder von Stellungnahmen, die im Umfeld des Denknetzes entstehen und auch so deklariert werden. Entscheidend dafür, ob wir uns gegen aussen artikulieren, ist, dass die entsprechenden Gruppen von der Qualität ihrer Arbeit überzeugt sind und dass sie sich dabei im Rahmen der gemeinsamen inhaltlichen Basis bewegen. Der Vorstand als letztlich verantwortliche Instanz kommt nur dann ins Spiel, wenn die Grundausrichtung des Denknetzes tangiert wird.

Anmerkungen

- 1 Titel eines Filmes über die Schweizer Frauenband ›Les Reines Prochaines‹.
- 2 Das Modell selbst ist ein Beispiel für den Versuch, Komplexität auf ein transparentes Niveau zu reduzieren. Die heutige Vielfalt von Sozialversicherungen, die voneinander unabhängig gesteuert werden und trotzdem ständig – wie kommunizierende Röhren – aufeinander reagieren, ist nur noch schwer zu durchschauen.

Literatur

- Chiara, Urs; Domeniconi, Silvia; Gurny, Ruth; Ringger, Beat; Simorglu, Avji (2009): Die Allgemeine Erwerbsversicherung: Das Modell. In: Ruth Gurny/Beat Ringger. Die Grosse Reform. Zürich.
- Demirovic, Alex (2011): Kritische Gesellschaftstheorie und die Vielfalt der Emanzipationsperspektiven. In: PROKLA 165, Münster.
- Gernot, Ernst (2009): Komplexität. Chaostheorie und die Linke. Stuttgart.
- Feyerabend, Paul (1983): Wider den Methodenzwang. Frankfurt am Main.
- Marti, Urs (2008): Von Produkten und Parasiten. In: Denknetz-Jahrbuch 2008.
- Marti, Urs (2008): Freiheit, Recht und Revolution. In: Beat Ringger (Hg): Zukunft der Demokratie. Zürich.
- Marti, Urs (1988): Michel Foucault. München.
- Ringger, Beat (2005): Wie wirken Ideologien? Die Magie der Denkfiguren. In: Denknetz-Jahrbuch 2005. Zürich.
- Ringger, Beat (2011): Die Demokratie und das Gesetz der optimalen Komplexität. In: Ringger, Beat: Masst euch an. Münster.
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society. Hamburg.
- Walpen, Bernhard (2009): Die Wege der Knechtschaft. Neoliberalismus und (die) Krise. In: Denknetz-Jahrbuch 2009. Zürich.
- Watzlawick, Paul; Weakland, John H.; Fish, Richard (1992): Lösungen. 5. Auflage. Bern.